LEITARTIKEL

Sisyphos in Syrien

Das Kriegsland zu befrieden und wieder aufzubauen – das ist eine Herkulesaufgabe.

Die katastrophalen Lebensverhältnisse in Syrien lassen sich nur schrittweise und mit einem langen Atem verbessern. Zunächst sollten Deutschland und die anderen EU-Staaten mit den Vereinten Nationen (UN) in Brüssel bei der fünften internationalen Geberkonferenz die für dieses Jahr nötigen 8,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe sammeln, um dazu beizutragen, dass die Menschen in Syrien überleben können – wie auch die geflüchteten Syrerinnen und Syrer in Nachbarländern wie Jordanien oder im Libanon.

Denn ihnen fehlt es schlicht an allem. Der Krieg hat nach Angaben der UN rund 13 Millionen Menschen in Syrien zu Hungernden und Vertriebenen gemacht. Ähnliches gilt für fast sechs Millionen Menschen, die aus Syrien geflohen sind.

Es wird schon nicht leicht, dieses Geld für das Allernötigste aufzutreiben. Bei ähnlichen Geberkonferenzen für Irak und Jemen sind die jeweiligen angepeilten Summen nicht zusammengekommen. Dennoch sollten sich Deutschland und die anderen EU-Staaten dafür einsetzen und zusätzlich für weitere Lösungen starkmachen.

Dafür müssten sie allerdings einig bleiben, um ihren ohnehin geringen Einfluss nutzen zu können. Sie müssen auch ihre bisherige Politik weiterentwickeln. Dafür müssten sie sich eingestehen, dass sie und die USA mit ihren jahrelangen Sanktionen das Assad-Regime nicht zum Einlenken gebracht haben.

Die Strafen behindern teilweise einen gezielten Wiederaufbau. Der ist nicht nur nötig, um den Menschen in Syrien wieder eine Perspektive zu geben, sondern auch, um die Ziele Europas zu verwirklichen. Ohne einen schrittweisen Aufbau und eine wirtschaftliche Erholung des nahezu vollständig zerstörten Landes wird es nicht stabil werden, können und werden Flüchtlinge nicht zurückkehren, droht der Terrorismus vor allem des sogenannten Islamischen Staates wieder zu erstarken.

Hierbei geht es nicht darum, die Sanktionen von heute auf morgen bedingungslos zu beenden. Selbstverständlich dürfen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes wie etwa Folter, willkürliche Verhaftungen und der Einsatz des geächteten Giftgases nicht vergessen werden und müssen möglichst geahndet werden.

Allerdings ist eine politische Lösung des Konflikts nur möglich, wenn man mit Syrien, Russland und Iran, den Siegermächten des militärisch fast gewonnenen Krieges, über einen punktuellen Wiederaufbau spricht, mit dem Ziel, den hilfsbedürftigen Menschen noch mehr als bisher zu helfen, ohne dabei das Assad-Regime und dessen Verbündete zu stützen.

Denkbar wäre es, wenn Europa bei Projekten in besonders zerstörten Orten wie Aleppo aktiv wird – etwa durch Minen räumen und Schulen bauen –, um so den Menschen schrittweise wieder ein Leben zu ermöglichen. Für einen derartigen Wiederaufbau fehlt Damaskus Geld und Wille genauso wie Moskau und Teheran. Den Wiederaufbau mit geschätzten Kosten von bis zu einer Billion Euro kann sowieso kein Land allein stemmen.

Natürlich kann Europa diese Ziele nicht allein erreichen. Europa muss dafür mit dem Assad-Regime genauso reden wie mit den anderen Akteuren. Dafür könnten sich wie bereits 2018 die Staats- und Regierungsoberhäupter von Deutschland, Frankreich, Russland und der Türkei treffen, um so auch den Astana-Prozess bei dem sich Russland, die Türkei und der Iran abstimmen, zu nutzen wie den Genfer Prozess (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA, Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten). Womöglich lassen sich auf diesem Weg die finanzstarken USA dazu bewegen, sich an so etwas wie einem Wiederaufbau zu beteiligen.

All diese Lösungsvorschläge führen nicht zwangsläufig zum Erfolg. Doch wer in Syrien dazu beitragen will, die zahlreichen Konflikte nach und nach beizulegen, wird über Wege nachdenken müssen, die bisher noch nicht beschritten wurden. Beharrt etwa Europa auf seiner derzeitigen Politik, dürfte keiner der nötigen Prozesse in Gang kommen. Im Gegenteil.

Das Assad-Regime wird weiter seine Macht in den von ihm kontrollierten zwei Dritteln des Landes ausdehnen. Diktator Baschar al Assad wird weiter nicht den Ausgleich mit politischen Gegnern suchen, sondern zum Machterhalt weiter Menschen verhaften und foltern. Und er wird weiter einige Hilfen aus dem Ausland so umzuleiten versuchen, dass sie seinen Begünstigten zugutekommen.

Das passt zu seinem Verständnis von Wiederaufbau, mit dem er im Grunde den Bürgerkrieg fortsetzt. So lässt er Eigentum beschlagnahmen, um es seinen Unterstützern zukommen zu lassen, oder er versorgt sie mit Wirtschaftsaufträgen. Zudem hat er Russland und dem Iran einige lukrative Aufträge abtreten müssen, damit diese ihre Kosten für den Krieg senken können.

Und Assad wird nicht ruhen, bevor er nicht wieder das gesamte Land kontrolliert. Doch die Kurdinnen und Kurden im Nordosten werden mit Hilfe ihrer Schutzmacht USA kaum ohne Weiteres ihre Quasi-Autonomie aufgeben. Und die Türkei verwandelt die von ihr besetzten Gebiete in ein Protektorat. Bericht S. 8

Andreas Schwarzkopf

CORONA-KRISE

Verharren in Ratlosigkeit

Von Markus Decker

Wer am Sonntagabend den Fernseher eingeschaltet hatte, um den Ausweg aus dem Jammertal der Pandemie gewiesen zu bekommen, der wurde enttäuscht. Die Kanzlerin wies ihn nicht. Zwar sagte Angela Merkel bei Anne Will, dass sie nicht tatenlos zusehen werde, bis es in Deutschland 100 000 Neuinfizierte pro Tag gebe. Aber wie sie dies genau zu verhindern gedenkt, das verschwieg sie. Aus gutem Grund, wie man jetzt sieht. Denn einige Ministerpräsidenten wollen nicht so, wie die Kanzlerin will. Damit verharrt die Republik weiter in jener Ratlosigkeit, in die sie Bund und Länder mit dem Beschluss zur Osterruhe gestoßen hatten.

Es wäre nun an der Zeit, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Beteiligten an ihre politische Verantwortung erinnert. Denn offenbar gibt es ja niemanden mehr, der die Autorität und den Willen hat, das Ruder herumzureißen. Ziel muss es sein, das Land so lange herunterzufahren, bis die Zahl der Impfungen ein Niveau erreicht, das dem Virus seinen Schrecken nimmt. Die Bürger:innen im Allgemeinen sowie Ärzt:innen und Pflegepersonal auf den Corona-Stationen im Besonderen hätten es verdient. Das politische Affentheater, das ihnen jetzt geboten wird, verdienen sie nicht. Bericht Seite 2

VERFASSUNGSSCHUTZ

Jedes Maß verloren

Von Eckhard Stengel

Auf dem rechten Auge blind zu sein, wurde dem Verfassungsschutz schon häufiger vorgeworfen. Dafür schaut er umso genauer nach links. Ein besonders eklatanter Fall beschäftigte zuletzt das Bundesverwaltungsgericht. Mit klaren Worten bescheinigte es dem Bundes-Verfassungsschutz, dass dessen jahrzehntelange Beobachtung des Menschenrechtlers, Anwalts und Autors Rolf Gössner rechtswidrig war.

Soweit bekannt, wurde der parteilose Linke zwar nicht observiert oder abgehört; aber der Geheimdienst sammelte alles, was er über Gössners Publikationen oder Vortragsabende finden konnte.

Dass der Geheimdienst- und Polizeikritiker wegen seiner Auftritte im DKP-Umfeld verdächtig erschien, mag zu Zeiten des Kalten Krieges aus damaliger Geheimdienstlogik halbwegs erklärbar sein. Aber welch ein Kontrollwahn muss die Behörde befallen haben, dass sie damit bis 2008 immer weitermachte? Erst als Gössner durch eine eigene Anfrage davon erfuhr und Klage erhob, beendete die Behörde die maßlose Überwachung. Aber danach ging sie noch jahrelang durch die Instanzen, statt gleich nach dem ersten Urteil ihren Fehler einzusehen. Ein Trauerspiel! Bericht Seite 6

Dieses Dokument ist lizenziert für ZHH Zeitungsholding Hessen GmbH & Co. KG, un61334K.
Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau. Download vom 06.05.2021 00:10 von www.genios.de.